

Die beruhigende Botschaft wollte niemand glauben

Auf der deutsch-amerikanischen Konferenz in Dallas wurden die Zweifel am SDI-Programm nicht

Von unserem Mitarbeiter Josef Joffe

Dallas, 1. April

Arthur Burns, der scheidende amerikanische Botschafter in Bonn, bemühte Friedrich Schiller, doch nur um ihn zu korrigieren. Für Deutsche und Amerikaner gelte es nicht nur zu wollen, „ein einzig Volk von Brüdern“ zu sein. „Nein, wir müssen es sein“, beschwor er die 150 Teilnehmer der 13. Deutsch-Amerikanischen Konferenz, die sich bei einem Abschluß-Dinner mit Filet Mignon und Himbeeren mit Sahne im Kunstmuseum von Dallas zusammengefunden hatten, um die atlantische Eintracht zu zelebrieren.

Dabei hätte es derlei poetischer Appelle kaum gebraucht. Seit einem Vierteljahrhundert vereint die „Atlantik-Brücke“ im Zwei-Jahres-Rhythmus ein wohlortiertes Aufgebot aus Politik und Wirtschaft von hüben und drüben, um jenseits aller offiziellen Kanäle Gemeinsames zu pflegen und gelegentlich handfeste Kräche auszutragen. Selten aber ist es so friedlich zugegangen wie in Dallas, dieser Stadt, die einst durch den Kennedy-Mord traurigen Ruhm erlangte und nun – das Zentrum schier grenzenlosen Wachstums – zum Inbegriff des neuen amerikanischen Wirtschaftswunders avancierte.

Worüber auch streiten? Die Raketen stehen, und der Dollar begann pünktlich zum Konferenzauftakt am vergangenen Donnerstag zu fallen. Die Ausläufer der amerikanischen Hochkonjunktur haben inzwischen auch Europa erreicht, und der Sog des Haushaltsdefizits – wiewohl gerne von den Europäern für all ihre wirtschaftliche Unbill verantwortlich gemacht – scheint auch nicht mehr die Kraft zu haben, knappes Kapital endlos gen USA zu zwingen. Wichtiger noch: Auf beiden Seiten des Atlantiks agieren Regierungen, die einander wieder als wichtigste Partner betrachten und in den großen Fragen der Ost-West-Beziehungen ähnlich eingestellten Kompassen gehorchen. Helmut Kohl definiert die Oppositionslust gegenüber Washington nicht als das einzig gültige Maß des nationalen Interesses (und des eigenen Prestiges), und Verteidigungsminister Manfred Wörner konnte seine Zuhörer in Dallas – Senatoren, Abgeordnete und hochrangige Beamte – beruhigen, daß „weder Neutralisten noch Pazifisten die deutsche Politik beherrschen werden“.

Umgekehrt ist Washington wieder ein einfacher Verbündeter für die Deutschen geworden, denn die Reagan-Administration läßt sich neuerdings an Entspannungsbeflissenheit gegenüber Moskau von niemandem mehr übertreffen. Es herrschte deshalb eitles Einvernehmen, als der künftige Botschafter in Bonn, der jetzige Europa-Abteilungsleiter im Außenministerium, Richard Burt, ein „ungewöhnliches Ausmaß an Gleichklang und Gleichschritt“ in den deutsch-amerikanischen Beziehungen ausmachte. Für milde Aufregung sorgte eigentlich nur die Weltraumverteidigung gegen Atomraketen, die inzwischen allenthalben unter dem englischen Kürzel SDI (*Strategic Defense Initiative*) firmiert, wobei es hinzuzufügen gilt: Die Unruhe war eher in den eigenen deutschen Reihen als zwischen den beiden Delegationen zu spüren. Präziser noch: Die Kluff verlief in Dallas genau da, wo sie sich längst

schon in Bonn aufgetan hat – nämlich zwischen den Koalitionspartnern CDU/CSU und FDP.

Während der Kanzler und der Verteidigungsminister sich anscheinend davon überzeugt haben, daß ein amerikanisches Forschungsprogramm nicht mehr aufzuhalten sei, daß demnach nur ein deutscher Mit-Einstieg deutschen Einfluß zu sichern vermag, hält Außenminister Genscher – so ein Kohl-Mitarbeiter in Dallas – selbst solch bescheidenen Schritt in die Grundlagenforschung für „unkeusch“. Als Hüter deutscher Unschuld trat im fernen Texas der Genscher-Adlatus Jürgen Möllemann auf: Er kam spät, ging früh und nahm sich gerade noch die Zeit, ausgewählten Journalisten in Wörners Pressetroß eine Erklärung in die Hand zu drücken, die praktischerweise schon in indirekter Agentur-Rede abgefaßt war. Da wurde „betont“ und „unterstrichen“, die „deutsche Entscheidung über dieses Projekt bleibt vorläufig offen“.

Die bedenkenwerten Einwände gegen Reagans SDI-Pläne kamen überraschenderweise aus dem Munde amerikanischer Militärs – vorneweg des Oberbefehlshabers der NATO, Bernard W. Rogers: „Dringender als alles andere“, erinnerte der amerikanische Vier-Sterne-General die versammelten Politiker und Experten, „brauchen wir 30-Tage-Reserven an Munition und Gerät, um zu verhindern, daß wir zu früh zu den Atomwaffen greifen müssen. Dafür haben wir im Bündnis zusätzlich zwölf Milliarden Dollar pro Jahr vorgeschlagen. Welchen Sinn hat ein SDI-Forschungsprogramm, wenn Sie nicht in der Lage sind, die Freiheit hier auf dem Boden zu verteidigen?“ Sein Gegenspieler James Abrahamson, im Pentagon für die SDI-Forschung zuständig, konnte da nur mit sanfter Stimme auf den (noch) bescheidenen Rahmen des Projekts verweisen. Nicht einmal vier Milliarden Dollar seien im kommenden Jahr eingeplant; es gehe auch nur um Forschung, beiläufig nicht um Waffen oder gar deren Aufstellung in außerirdischen Gefilden.

An diese beruhigende Botschaft wollte in Dallas niemand so recht glauben. Wohl fordert die Reagan-Administration zur Zeit nur den kleinstmöglichen Obolus von ihren Verbündeten – also die Beteiligung an der Forschung. Doch der ehemalige amerikanische Vize-Außenminister Law-

rence Eagleburger drückte offen aus, was die Europäer bislang nur befürchten: „Bitte vergessen Sie nicht, daß wir Entwicklung meinen, wenn wir Forschung sagen.“ Daß dies nicht bloß der Kasandra-Ruf eines ehemaligen Aktiven war, bestätigte tags darauf Senator Richard Lugar. Es könne für Europa nicht „SDI à la carte“ geben – die Beteiligung an der Forschung zum Wohle der eigenen Industrie, doch ohne ein Ja zum politischen Risiko von Entwicklung und Aufstellung. Und Lugar ist nicht Irgendwer, sondern ein Vertrauter von Ronald Reagan und der mächtige Vorsitzende des mächtigen Senatsausschusses für Auswärtige Beziehungen.

zerstreut